

Die Inferiorität des Anderen: Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien

Dießelmann, Anna-Lena; Hetzer, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dießelmann, A.-L., & Hetzer, A. (2018). Die Inferiorität des Anderen: Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 38(1), 79-95. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Anna-Lena Dießelmann & Andreas Hetzer

Die Inferiorität des Anderen Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien

Um sich über Ereignisse außerhalb des unmittelbaren Erfahrungsbereiches zu informieren, sind die meisten Menschen auf die Vermittlungsfunktion von Medien angewiesen. Dies gilt insbesondere für die mediale Repräsentation von Geschehnissen im Ausland, die in den meisten Fällen keinen Abgleich mit den Primärerfahrungen der RezipientInnen erlauben. Es ist demzufolge davon auszugehen, dass der mediale Diskurs über das Ausland das Interpretationsrepertoire wesentlich beeinflusst. Zahlreiche Studien belegen, dass die Art und Weise der Berichterstattung Einfluss auf die Bewertungskriterien der RezipientInnen und die Wahrnehmung der Bedeutung eines Landes im Weltgeschehen hat. Darüber hinaus scheint die Auslandsberichterstattung ein wichtiger Referenzpunkt für außenpolitische Entscheidungen und diplomatisches Personal zu sein. Die diskursive Konstruktion bestimmter Nationenbilder hat demnach Konsequenzen für politische und wirtschaftliche Beziehungen. „Damit ist verständlich, warum es für ein anderes Land so bedeutsam sein kann, ob und wie es in der Auslandsberichterstattung Deutschlands präsent ist.“ (Weber 2008: 392). Jedoch hat „medial vermitteltes Wissen über andere Länder und Kulturkreise mit der komplexen Realität vor Ort zwangsläufig wenig zu tun“ (Daniljuk 2012). Stattdessen ist die Berichterstattung über den „Globalen Süden“¹ weithin geprägt von stereotypen Bildern und der Zuschreibung von Inferiorität, denn die Beziehungen zwischen „Globalem Norden“ und „Globalem Süden“ sind geprägt

1 Mit dem Begriff „Globaler Süden“ referieren wir auf eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position. „Globaler Norden“ hingegen beschreibt eine privilegierte Position. Die Begriffe verweisen auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus. Die Einteilung ist auch geographisch gedacht, jedoch nicht ausschließlich. So gibt es in beiden Regionen Menschen, die der jeweils entgegengesetzten Position angehören. Die Bezeichnungen sind in Anführungszeichen gesetzt, um deren Relativität zum Ausdruck zu bringen.

von der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit². Der Politikwissenschaftler Aram Ziai beschreibt dies wie folgt:

„Koloniale Diskurse über ‘unzivilisierte Völker’ und die legitime Vorherrschaft des ‘weißen Mannes’ erscheinen aus heutiger Sicht als vollkommen anachronistisch. Doch der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hegemonial gewordene Entwicklungsdiskurs weist mehr Kontinuitäten zum kolonialen Denken auf, als auf den ersten Blick sichtbar ist.“ (Ziai 2004: 3)

Dieser Entwicklungsdiskurs erscheint in unserem Material vor allem als Diskurs über wirtschaftlichen Fortschritt und demokratische Reife und lässt ähnliche Fortschreibungen kolonialen Denkens erkennen. Er dient der Hegemonialisierung einer liberalen, repräsentativen Demokratie und setzt das neoliberale Wirtschaftsmodell als Kriterium für den Fortschritt im „Globalen Süden“. Auch die Politikwissenschaftlerin Heidrun Zinecker kritisiert, dass das demokratische Modell des „Westens“ als „Messlatte für den Süden“ angelegt werde; dies sei aber nicht möglich (vgl. Zinecker 2003; 2014). Sie wirft diesem universalistischen Ansätzen vor, das westliche Modell der Demokratie zum allgemeingültigen Vorbild für Entwicklungsländer machen zu wollen. In der von uns untersuchten Berichterstattung zeigen sich diese Ansätze bis heute.

Gegenstand unserer Analyse ist deshalb die Bedeutungsproduktion und diskursive Repräsentation Lateinamerikas in deutschen Auslandsnachrichten. Über eine Inhaltsanalyse hinausgehend konzentrieren wir uns auf die Herausarbeitung diskursiver (De-)Legitimierungsstrategien in Bezug auf verschiedene Länder Lateinamerikas. Die leitende Fragestellung lautet, wie Legitimität lateinamerikanischer Regierungen und politischer Systeme medial erzeugt oder untergraben wird und welche sprachlichen Mittel dafür eingesetzt werden (vgl. Dießelmann 2015). Besondere Aufmerksamkeit verdienen deshalb die Beschreibung der Lage bzw. der Situation in den jeweiligen Ländern sowie die Darstellungsweise bzw. Attribuierung zentraler AkteurInnen.

Die Diskursanalyse stellt ein besonders geeignetes methodologisches Konzept dar, um der Forschungsfrage dieser Arbeit nachzugehen. Wir definieren, dem Ansatz Michel Foucaults folgend, „Diskurs“ als Handeln und weitergehend „diskursives Handeln“ als eine „Praxis der Bedeutungsproduktion“ (Hall 1992: 156). Dabei werden konkrete Äußerungen als nicht

2 Der Kolonialismus begann nach historischen Quellen mit dem Eindringen von EuropäerInnen nach Amerika gegen Ende des 15. Jahrhunderts und weitete sich auf Afrika und Asien aus. 1914 waren bis zu 85 % der Erde von Europa besetzt. Nach heutigen Erkenntnissen jedoch ist der Kolonialismus nicht nur als Besetzung eines Gebiets zu verstehen, der mit dem Abzug der Kolonialmächte endet. Kolonialismus ist vielmehr ein komplexes Macht-, Herrschafts- und Gewaltssystem.

wiederholbare, „zeitlich-räumlich spezifische Ereignisse“ von Aussagen unterschieden. Letztere treten „regelmäßig“ auf und können als „Atome des Diskurses“ analysiert werden (Bühmann & Schneider 2008: 26). In unserem Korpus von 517 Artikeln haben wir zunächst Äußerungen kodiert und dann zu Aussagen verdichtet. Für diese „Atome“ führen wir im folgenden empirischen Teil stets jeweils ein Beispiel an. Die Macht des Diskurses besteht in seiner normalisierenden Funktion, wobei seine Effektivität darin liegt, eine Normalitätsgrenze zu ziehen und darüber Hegemonie zu erzeugen. Das Mediale ist dabei untrennbar mit dem Politischen und dem Alltagswissen verflochten. In diesem Sinne werden im mediopolitischen Interdiskurs Hegemonie und Normen permanent verhandelt (vgl. Link 1992). Der Interdiskurs ist die Vermittlungsinstanz zwischen akademischem Spezialdiskurs und dem gewöhnlichen Alltagsdiskurs. Somit kommt ihm eine besonders relevante Rolle in der Manifestierung von Hegemonie zu. Da diese Vermittlung unter anderem in den Medien stattfindet, ist eine Analyse von Zeitungsartikeln besonders aufschlussreich. Die Analyse des Diskursiven versteht sich als Scharnier zwischen sprachlicher und sozialer Materialität (vgl. Hufschmid 2004; Jäger 2004). Über andere Ansätze hinausgehend muss eine Diskursanalyse aus unserer Perspektive gesellschaftliche Strukturen in den Blick nehmen, denn nur auf diese Weise kann „die gesellschaftskonstituierende Funktion diskursiver Ordnungen und Praktiken“ erkannt werden (Hufschmid 2004: 46). Aus diesem Grund ist Diskursanalyse immer schon Machtanalyse und zeigt das im internationalen Kontext vorherrschende Machtgefälle bei der Bewertung von Ereignissen im Ausland auf.

Da der Diskurs über den „Globalen Süden“ durchzogen ist von Katastrophen, Krisen und Gewalt, die allerdings nicht skandalisiert, sondern für die dortigen jeweiligen Zustände „normalisiert“ werden, bietet sich das von Jürgen Link entwickelte Modell der Normalitätsklassen als theoretische Grundlage an. Ausgehend von der Beobachtung dessen, was im Diskurs als jeweils normale Zustände angesehen wird, unterscheidet Link fünf Normalitätsklassen:

„1. und 2. Welt sowie drei Klassen der 3. Welt: obere Schwellenländer, mittlere Durchschnittsländer der 3. Welt, schließlich ganz unten die ‘least developed countries’ mit ihren ‘failed states’ und ‘black holes of governance’.“ (Link 2013: 5)

Diese Einteilung nimmt Link danach vor, wie die jeweiligen Länder im Diskurs bewertet werden. Dabei werden Normalitätsstandards aus der „Ersten Welt“ als Maßstab angelegt, die sich vor allem auf angeblich messbare Kategorien wie z.B. Armut, Gleichheit und Arbeitslosigkeit beziehen. „Die UNO

mit ihren Institutionen und Parallelinstitutionen (IMF, Weltbank) verdatet alle Länder, wobei sich statistisch grob gesehen die 5 Klassen ergeben.“ (ebd.: 10) Die oberen Klassen zeichnen sich durch allgemeinen Wohlstand, repräsentative Demokratien und einen insgesamt hohen Lebensstandard aus. Ereignisse wie jüngst die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien oder die Schwierigkeiten der Koalitionsbildung in Deutschland werden bereits als „nicht normal“ beschrieben und als Störung des normalen Alltags empfunden. Solche Ereignisse allerdings würden in Ländern der unteren Stufen als Normalität gelten. In den Ländern mit niedrigen Normalitätsstandards wird eine ständige Prekarität in Wirtschaft, Politik und im Sozialen beschrieben. Diese Länder seien ständig „denormalisiert“ (Link 2013: 5). Katastrophen wie Kriege, Armut und Gewalt gehören „dort“ zum Alltag. Mit angeblich objektiven „Daten“ wie Infografiken und Statistiken werde diese Unterscheidung im Diskurs wissenschaftlich plausibilisiert. Mit diesem Klassenmodell können wir differenziert erklären, was in den *Postcolonial Studies* ebenfalls thematisiert wird: In den unteren Klassen gibt es „normale Krisen“. Dieses Bild der dauernd krisenhaften Normalität in der Darstellung Lateinamerikas führt unter anderem auch dazu, dass ein Eingreifen aus Ländern mit höherer Normalitätsklasse gerechtfertigt werden kann (vgl. ebd.). Zudem beschreibt dieses Modell die von Untersuchungen zum postkolonialen Verhältnis stets herausgestellte überlegene Sprechposition der „Ersten Welt“ gegenüber den „weniger entwickelten Ländern“. Beispielhaft sei hier auf die gemeinsame Arbeit der Sozialpsychologin Liliana Vargas Monroy und der Politikwissenschaftlerin Gisela Ruiseco Galvis hingewiesen, die feststellen: „Die westliche Zivilisation hat sich selbst das Monopol auf Konzepte wie Demokratie, Freiheit und Gleichheit ausgestellt“ (Ruiseco Galvis & Vargas Monroy 2009: 197). Die anderen Zivilisationen würden dieser Logik als „nicht entwickelt“ und „mangelhaft“ untergeordnet und so als „inferiores Anderes“ konstituiert. Die Verbindung zwischen Postkolonialismus und Eurozentrismus und des Sprechens über Lateinamerika wird hier bereits deutlich.

„Dem Eurozentrismus liegt die Annahme zugrunde, dass es nur die einzig wahre Weltzivilisation gäbe, die der überlegener (sic!) ‘Prototyp’ für jede Sozialorganisation sei und die Spitze der sogenannten Fortschrittspyramide darstelle. Nichtwestliche Gesellschaften werden demnach in einer ‘Sprache des Mangels’ beschrieben und defizitär behandelt.“ (Breckl 2006: 71)

An der Repräsentation der Länder Argentinien, Bolivien und Venezuela lässt sich aufzeigen, wie stereotype Bilder dieser Länder durch eine Sprache des Mangels vermittelt werden. Dazu haben wir die Online-Portale der

Tagesschau, der *Süddeutschen Zeitung* und des *Spiegels*³ aus dem Jahr 2016 untersucht, die sich durch ihre Meinungsführerschaft und Beliebtheit bei JournalistInnen auszeichnen. Sie spielen als Referenzmedien sowohl für das *Inter-Media-Agenda-Setting* als auch für die Ko-Orientierung innerhalb des journalistischen Feldes eine herausragende Rolle. In allen drei Medien ist bezüglich der Lateinamerikaberichterstattung augenfällig, dass mit den klassischen Stilkriterien journalistischer Genres gebrochen wird und Positionierungen bzw. Bewertungen die Meldungen stark durchziehen. Dies lässt vermuten, dass JournalistInnen in der Auslandsberichterstattung größere Freiräume genießen, um den RezipientInnen eine Einordnung der Ereignisse nahezulegen. Über wertende Äußerungen hinausgehend zeichnet sich die deutsche Lateinamerikaberichterstattung durch postkoloniale Stereotypisierungen, einseitig negative Länderimages und eine Delegitimierung der politischen AkteurInnen bzw. Systeme aus. Die Länder werden trotz starker Fortschritte weiterhin in den unteren Normalitätsklassen verortet.

Staatsbankrott, Ernährungskrise, Überlebenskampf: Venezuela stirbt

In der Berichterstattung über Venezuela überwiegen Katastrophenszenarien, sowohl in der Rubrik Wirtschaft als auch in den Sparten Politik und Soziales – auf allen Ebenen werden „Krisen“, „Ausnahmestand“ und „Notstand“ beschrieben. In Links Klassenmodell kann die Darstellung eindeutig in die untere Kategorie eingeordnet werden. Die dominanten Nachrichtenereignisse im Jahr 2016 waren der „Staatsbankrott“ (vor allem zu Beginn des Jahres sowie im Dezember zum Druck neuer Banknoten), das Referendum gegen Präsident Nicolas Maduro im September und die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Oppositionsbündnis *Tisch der demokratischen Einheit* (MUD). In allen Medienberichten wird auf die „Krise“ in Venezuela referiert: Venezuela sei in „Alarmbereitschaft“ (SZ, 30.8.2016), im „Ausnahmestand“ (T, 18.5.2016) oder „Notstand“ (SZ, 17.1.2016); die Lage sei „katastrophal“ (T, 31.10.2016_2). Diese „politische und wirtschaftliche Krise“ (T, 31.12.2016) führe letztendlich zu einer „Staatskrise“ (SZ, 21.10.2016), die bereits ganz dramatisch auch die Bevölkerung betreffe und einen „alltäglichen Wahnsinn in Venezuela“ auslöse (T, 13.7.2016). Die Meldungen übertreffen sich in ihren Superlativen zur Heraufbeschwörung eines Katastrophenszenarios: „Venezuela taumelt ins Chaos“ (SZ, 3.5.2016).

3 In Quellenangaben wird wie folgt abgekürzt: Tagesschau (T), Süddeutsche Zeitung (SZ) und Spiegel (S).

Die Krise wird stets mit Gefahr assoziiert. „Venezuela ist eine Bombe, die jeden Moment explodieren kann“, schreibt die Süddeutsche (SZ, 15.5.2016). Letztendlich reicht die Reduktion auf das Adjektiv „hochexplosiv“ (SZ, 17.5.2016), um die Krisenmetapher aufzurufen. Ein weiteres landläufiges Bild in der Berichterstattung ist der Abgrund: „Das Land bewegt sich weiterhin nur in eine Richtung – an den Abgrund“ (T, 12.3.2016). Um diese Krisennarration zu plausibilisieren und die Situation zu dramatisieren, werden alltägliche Konsequenzen aufgezeigt. Preissteigerungen und Versorgungsengpässe bei Grundbedarfsgütern werden als die sichtbarsten Symptome der Krise aufgezeigt. So schreiben alle untersuchten Medien von einer „Versorgungskrise“, weil es vor allem an Lebensmitteln fehle. Ein häufig genutztes Bild zur Bestätigung dieser Krise sind die „leeren Supermarkt-Regale“ (SZ, 7.4.2016). Besonderes Aufsehen erregt in der deutschen Presse der Mangel an Bier: „Bier knapp“ melden Süddeutsche, Tagesschau und Spiegel am selben Tag (22.4.2016). Kurz darauf stellt die Tagesschau fest, dass es aufgrund von Zuckermangel keine Produktion von Coca-Cola mehr gebe: „Kein Zucker, keine Cola“ titelt sie (T, 24.5.2016). Laut der Süddeutschen bleibt dann auch das „Toilettenpapier“ (SZ, 18.7.2016) aus und die Tagesschau hebt den Mangel an „Verhütungsmitteln“ hervor (T, 12.3.2016).

Wo es an allen „Dingen des täglichen Bedarfs“ (SZ, 18.7.2016) und an allen grundlegenden „Gebrauchsgütern“ (T, 24.5.2016) mangle, wundert die dramatische Armut als Folgeerscheinung nicht. So fasst die Süddeutsche zusammen: „Venezuela stirbt“ (SZ, 21.10.2016) und betitelt Venezuela als das „Armenhaus Südamerikas“ (SZ, 17.1.2016). Die Tagesschau schildert anschaulich, wie Menschen aufgrund der umfassenden Armut „Essen aus dem Müll“ holen müssen (T, 18.6.2016). Der Begriff „Hunger“ dominiert eindeutig die Charakterisierung Venezuelas. Die Konsequenzen des „Kampfes ums Essen“ (T, 18.6.2016) werden als „Überlebenskampf“ (T, 16.1.2016) und als „Leben im Desaster“ (T, 17.7.2016) bezeichnet. Als Konsequenz dieser Lage treiben „Hunger und Not Zehntausende ins Nachbarland“ Kolumbien (SZ, 18.7.2016). Im schlimmsten Falle komme es zu „Hungerprotesten“ (SZ, 26.10.2016) und „Plünderungen“ (T, 28.12.2016). Dabei wird das Eskalationsniveau der „gewaltsamen Proteste“ (T, 28.4.2016; 28.12.2016) unterschiedlich drastisch beschrieben.

Je direkter und alltäglicher die Konsequenzen beschrieben werden, desto gravierender wirkt die Krise. Über ein Vokabular der Beschleunigung („Rekordtempo“) und sachlich erscheinender statistischer Vergleichswerte werden Denormalisierungsängste geschürt, um dem Abrutschen in die unterste Normalitätsklasse einen dramatischen Impetus zu verleihen. Erstens wird dabei Venezuela als das „radikal Andere“ dargestellt. Dieses „Andere“

wird dabei auf negative Eigenschaften reduziert und der Unterschied zu demokratischen Staaten der oberen Normalitätsklassen hervorgehoben. Zweitens werden die wirtschaftlichen und politischen Aspekte nicht in einen größeren Kontext eingebettet. Indem historische und aktuelle Machtverhältnisse ausgeblendet werden, wirken diese Defizite „natürlich“ oder liegen im Wesen der Regierenden begründet. Einige der Zitate wirken sachlich und faktenorientiert, sind allerdings Teil einer Kette von Darstellungen, die sich lediglich auf die Inferiorität beziehen.

Gleichzeitig lässt sich am Fall Venezuela zeigen, was für Lateinamerika systematischen Charakter besitzt. Der „südamerikanische Caudillismo, des Systems also, das auf eine paternalistische Führungsfigur zugeschnitten ist“, lässt Venezuela scheitern (SZ, 19.2.2016). Der *Caudillismo* ist schon per se für DemokratInnen verdächtig. Venezuelas früherer Präsident wird der Vetternwirtschaft bezichtigt: „Der verstorbene Präsident Hugo Chávez sponserte befreundete Politiker wie die Castros in Kuba mit billigem Sprit.“ (SZ, 19.2.2016) Die diskursive Abwertung von Hugo Chávez färbt direkt auf seinen Nachfolger Maduro, den „früheren Busfahrer“ (SZ, 16.5.2016), ab. Dieses Erbe wird negativ konnotiert und Maduro als „Hofschranze“ bezeichnet (SZ, 3.5.2016). Nicht zuletzt in der Bezeichnung der Politiker als „rote Kleptomane“, die „das Land in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten ausgenommen“ haben, wird die politische Position der Zeitung deutlich (SZ, 7.4.2016). Die Ernsthaftigkeit des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ lässt sich laut Spiegel stark bezweifeln, wenn er von den „Absurditäten des Tropensozialismus à la Chávez“ (S, 4.7.2016) schreibt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Sozialismus „geerbt“ wird (S, 14.5.2016). Die Einführung des Sozialismus in Venezuela geschah nicht auf demokratischen Wege: „Die linke Regierung hatte sich über Jahre mit großzügigen Subventionen, etwa für Benzin, die Zuneigung des Volkes erkaufte.“ (SZ, 15.5.2016) Indirekt wird unterstellt, dass die Regierung das Volk korrumpiert habe.

Der „gelernte Busfahrer, dem das Charisma seines schillernden Vorgängers Hugo Chávez völlig abgeht“ (SZ, 21.10.2016), ist darüber hinaus „ein hölzerner Ideologe“ (S, 15.5.2016), der als „überforderter Staatslenker“ (SZ, 16.5.2016) keine Lösungen anzubieten habe. Nicht der Preisverfall für Rohstoffe, sondern die „jetzige Regierung ist für den Absturz Venezuelas größtenteils selbst verantwortlich“ (T, 17.5.2016). Maduro „erweist sich als unfähig, die schwere Wirtschaftskrise zu lindern“ (SZ, 15.8.2016). Statt rationale Lösungen zu bieten, „droht [er] mit Enteignung“ (T, 15.5.2016) und „verprellt mit der jetzigen Wirtschaftspolitik überdies auch noch die letzten investitionswilligen Unternehmer“ (T, 17.5.2016). Ihm fallen lediglich

„Radikalmaßnahmen“ (T, 27.4.2016; S, 15.6.2017) ohne Wirkung ein. Zudem verliert sich die Tagesschau in einer Tirade degradierender und teils nicht haltbarer Vorwürfe: „Es ist [...] um die Regierung schlecht bestellt in Venezuela – Führungsschwäche, Korruption, Misswirtschaft, Machtmissbrauch, möglicherweise Verfassungsbrüche.“ (T, 31.10.2016)

Neben dem wirtschaftspolitischen Versagen werden auch die autoritären Tendenzen des Regimes an der Person Maduro festgemacht. „Maduro gibt sich Sonderrechte“ (T, 17.5.2016), erweitert seine „Machtfülle durch Notstandsverordnungen“, „regiert mit Dekreten“ (SZ, 29.5.2016) und „mit Notstandsdekreten munter an der Parlamentsmehrheit vorbei“ (SZ, 30.8.2016). Kein Wunder also, das „Maduro ‘totalitäre Tendenzen’“ vorgeworfen werden (T, 18.5.2016). Zusammenfassend schreibt die Tagesschau: „Maduro ist nicht bereit, seine Politik auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen.“ (T, 17.5.2016) Stattdessen gehe er „mit allen Mitteln“ (SZ, 30.8.2016) gegen die Opposition vor. Die Süddeutsche wagt in diesem Zusammenhang eine nicht belegte These: „So leer die Supermärkte sind, so voll sind die Gefängnisse mit den Regimekritikern Venezuelas“ (SZ, 26.10.2016). Die Darstellung der Opposition ist relevant im Hinblick auch auf eine deutsche Intervention in Venezuela. Nicht zuletzt die Ehrung dieser „politischen Gefangenen“ mit einem Menschenrechtspreis im Dezember 2017 treibt diese Darstellung auf die Spitze. Unter den vom Europaparlament mit dem Sacharow-Preis Geehrten befinden sich der rechtsgerichtete Politiker Leopoldo López und Lorent Saleh, ein selbsterklärter Neonazi. Im September 2014 wurde Saleh von Kolumbien an Venezuela ausgeliefert. Er hatte in Kolumbien ein Netzwerk von Paramilitärs und GegnerInnen des Friedensprozesses aufgebaut. Für die Mehrheit des Europäischen Parlaments repräsentieren López und Saleh die „politischen Gefangenen in Venezuela“. Zwar werden später die „Oppositionelle[n] freigelassen“ (TS und S, 31.12.2016), aber in keinem Artikel wird auf deren politische Ausrichtung eingegangen.

Argentinien: Im wilden Süden keimt Hoffnung

Die Berichterstattung über Argentinien unter dem amtierenden Präsidenten Mauricio Macri zeichnet die politische Ausgangslage zwar weniger katastrophisch als in Venezuela, jedoch wird ein stark polarisiertes Bild zwischen den wichtigsten politischen AkteurInnen erzeugt. Die Süddeutsche schreibt über den protektionistischen Wirtschaftsbund *Mercosur*, er sei „getragen von Argentinien sowie den Krisenstaaten Brasilien und Venezuela“ (SZ, 3.7.2016) und grenzt damit Argentinien von den anderen beiden Ländern deutlich ab. Argentinien steht im Vergleich zu anderen Ländern

Lateinamerikas für das Ende der linken Epoche: „[Macris] Initiative markiert eine Achsenverschiebung in Lateinamerika – das linke Jahrzehnt scheint endgültig zu Ende zu gehen“ (ebd.). Argentinien wird als ein prinzipiell demokratisch funktionierender Staat präsentiert, auf politischer Ebene also hat es den Aufstieg aus der untersten Normalitätsklasse geschafft. Demnach zählt Argentinien auch nach dem von den Vereinten Nationen erhobenen Index der menschlichen Entwicklung seit 2011 zu den sehr hoch entwickelten Staaten. Neben Chile und Uruguay gehört es in Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu den am weitesten fortgeschrittenen Ländern Südamerikas, hat aber weiterhin einen hohen Ungleichheits-Koeffizienten. Diese Lage spiegelt sich auch in der Berichterstattung wider, denn im Zentrum stehen Wirtschaftsthemen, darunter Hedgefonds, Korruption und internationale Investitionen. Zu den medial hervorstechenden Ereignissen im Jahr 2016 gehörten die Einigung mit den Hedgefonds im Februar und die Verstrickung zahlreicher Unternehmer – darunter Macri – im Zusammenhang mit den Panama-Papieren sowie die Urteile zur Operation Condor im Rahmen der Aufarbeitung der Militärdiktatur. Die eher positiven Referenzen auf die Einigung mit den Hedgefonds haben vor allem mit der dadurch erzielten Öffnung Argentiniens für internationale Finanzmärkte zu tun, so dass indirekt die internationale Finanzpolitik der Vorgängerregierung unter Cristina Fernández de Kirchner diskreditiert wird.

Besonders positiv wirkt sich dies auf die Darstellung Macris aus, denn der Präsident wird uneingeschränkt als derjenige beschrieben, der Argentinien aus der Isolation zurück ins internationale Geschehen hole. Trotz der internationalen Öffnung des Landes kann der Präsident jedoch das Korruptionsimage nicht abschütteln. Die permanenten Vorwürfe richten sich nicht nur massiv gegen ihn selbst, sondern auch gegen andere politische AkteurInnen: „In Argentinien tauchen Präsident Mauricio Macri, seine Familie und Vertraute in den Panama Papers auf – gleichzeitig wird auch gegen seine Vorgängerin Cristina Fernández de Kirchner ermittelt.“ (SZ, 18.4.2016) Aufgrund der Korruption werden verallgemeinernde Stereotype bedient, wie beispielsweise im Titel der Süddeutschen: „Millionen-Aufträge im wilden Süden“ (SZ, 29.12.2016). Die Bezeichnung „wilder Süden“ impliziert eine abwertende Bewertung des „Anderen“ in Abgrenzung zur rationalen „zivilisierten Gesellschaft“ des Nordens. Sie kann in ihrer Funktion als rassistisch verstanden werden, da sie eben keine individuelle Kategorie ist, sondern das gesellschaftliche Wertesystem als Ganzes diskreditiert⁴. Dies reduziert

4 In diesem Sinne treten häufig koloniale Bezeichnungen wie „Bananenrepublik“ (T, 12.5.2016) auf, oder die Krisen werden als „normal“ für diese Länder dargestellt. Die Bezeichnung z.B. der Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff als „Verfahren

die Komplexität der Lage erheblich und „naturalisiert“ das Geschehen. Diese Neigung zur Naturalisierung oder Kulturalisierung von angeblichen Tatsachen führt das Verhalten von AkteurInnen auf ihre „kulturelle Herkunft“ zurück, auch wenn es um ökonomische oder rechtliche Themen geht. Machtverhältnisse der internationalen Finanzmärkte, die Finanzkrise von 2001 oder die Entschuldungsinitiative Kirchners werden dabei nicht thematisiert. Diese eindimensionale bzw. vereinfachende Perspektive wertet das Verhalten der lateinamerikanischen AkteurInnen als irrational ab.

Die Korrumpierbarkeit der Justiz und als deren Folge die mangelnde Gewaltenteilung werden als historische Konstante des politischen Systems dargestellt, ohne dafür Beweise anzuführen. Die Korruptionsvorwürfe werden durch nicht belegte Aussagen wie „traditionell politisch gefärbte argentinische Justiz“ gewissermaßen naturalisiert. Zudem wird die argentinische Presse als tendenziös und nicht objektiv bezeichnet. Der Vorwurf der Parteilichkeit gegen Medien und vor allem gegen die Justiz kann vor dem Hintergrund der demokratischen Annahme der Objektivität und Unparteilichkeit eben dieser beiden Instanzen als eine weitere Disqualifizierungsstrategie interpretiert werden.

Demgegenüber wird durchweg positiv über das Opfergedenken und die Aufarbeitung der Diktatur berichtet. So informiert die Süddeutsche über die internationale Anerkennung der Ereignisse: „US-Präsident Barack Obama hat in Buenos Aires der Opfer der argentinischen Militärdiktatur gedacht.“ (SZ, 25.3.2016) Auch die Tagesschau teilt mit, dass „Argentinien an Opfer der Militärdiktatur erinnert“ (T, 25.3.2016). Der Spiegel berichtet über die Verurteilung von Militärs wegen in der Diktatur begangener Verbrechen im Rahmen der Operation Condor: „Argentinien verurteilt Militärs wegen ‘Plan Cóndor’.“ (S, 28.5.2016) Im Widerspruch zum vorangegangenen Deutungsangebot wird in diesem Kontext eher die positive Rolle der Justiz betont. Je nach Sachlage und Ereignis entscheiden sich die JournalistInnen für sehr unterschiedliche Kommentierungen, die jedoch im Nachrichtenformat nicht als solche kenntlich gemacht werden.

Die „Stammesgesellschaft“ Boliviens

Problematisch an der Darstellung in den Auslandsnachrichten sind vor allem die Ausblendungen: Ähnlich wie für Venezuela werden auch über Bolivien kaum Erfolge mitgeteilt, sondern in erster Linie Skandale und Kritik. Durch

mit brasilianischem Temperament“ (T, 16.4.2016) ist auch eine Emotionalisierung bzw. Naturalisierung der Politik und befördert das Stereotyp, wonach es in Brasilien eher temperamentvoll statt rational zugehe.

solche Reduzierungen können einseitige Bilder entstehen. Besonders, wenn die LeserInnen keinen eigenen Zugang haben, um das Bild zu vergleichen, bleiben kaum sachlich korrekte Vorstellungen zurück. Dem Andenstaat mit lediglich neun Millionen EinwohnerInnen kommt im internationalen Kontext eine geringere mediale Aufmerksamkeit zu. Als wichtigste Ereignisse im Jahr 2016 werden das Referendum über die Verfassungsänderung, die eine dritte Amtszeit des Präsidenten Evo Morales ermöglicht habe, sowie die Ermordung des Vize-Innenministers Rodolfo Illanes im August durch protestierende Bergarbeiter aufgegriffen.

Gleichwohl ist die Lagebeschreibung in mancher Hinsicht widersprüchlich. Zum einen wird durchaus darauf hingewiesen, dass „die Wirtschaft wächst, die Armut zurückgeht“ (S, 19.2.2016). Im gleichen Tenor merkt die Süddeutsche an:

„Bolivien hat nach zehn Jahren Evo in der Tat stabiles Wachstum, solide Staatsfinanzen; die Einnahmen aus Rohstoffen wurden in ein Sozialsystem investiert, von dem etwa auch arme Marktfrauen oder Landarbeiter profitieren.“ (SZ, 22.2.2016)

Entgegen einiger Erwartungen der Privatwirtschaft habe das Land von der Politik der Verstaatlichung profitiert. Andererseits sei diese Lage aufgrund sinkender Rohstoffpreise in Gefahr, so dass eine „Wirtschaftskrise [sic!]“ (T, 27.8.2016) vorhersehbar sei. Trotz allgemeiner Erfolgsmeldungen zur Wirtschaft schreiben die Medien im Konkreten eher Kritisches: über El Alto beispielsweise, die Stadt sei z.B. eine „riesige Armensiedlung auf 4000 Metern Höhe“ (SZ, 19.2.2016). Das robuste Wirtschaftswachstum mit sozialer Umverteilung wird somit in Frage gestellt, trotz positiver Statistik wird kein Aufstieg in eine höhere Normalitätsklasse beschrieben. Statt Artikeln über die erfolgreichen politischen Programme überwiegen Negativmeldungen, in denen lediglich am Rande auf die Errungenschaften hingewiesen wird.

In diesem Sinne wird die mögliche Wiederwahl Morales skandalisiert. Verfassungsänderungen in der Bundesrepublik gelten den untersuchten Medien als normales Mittel, das Grundgesetz den geänderten Verhältnissen anzupassen. Wenn sie hingegen in Bolivien vorgenommen werden, werden sie als Gefahr für die Demokratie dargestellt. Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit wird in der deutschen Presse angezweifelt, so sei bereits die Wiederwahl im Jahr 2014 eine „großzügig[e] Auslegung der Verfassung“ (S, 19.12.2016) gewesen. Der Spiegel vom 24.2.2016 verbreitet sogar eine Falschmeldung, die Evo Morales als Person diskreditiert: Morales „ließ schon einmal die Verfassung ändern, um länger im Amt bleiben zu können“.

Und gemäß der Tagesschau (T, 18.12.2016) „widersetzt sich Morales [der] Verfassung“. Die Süddeutsche (SZ, 20.2.2016) setzt eine weitere Falschmeldung in die Welt: „Die neue Verfassung, die Morales 2009 selbst durchgesetzt hatte“. Diese Darstellungen entbehren jeder faktischen Grundlage und dienen dazu, die Rechtsstaatlichkeit in Bolivien zu diskreditieren. Die neue Verfassung ist aus einer Verfassungsgebenden Versammlung hervorgegangen, Morales konnte sie daher nicht im Alleingang durchsetzen. Die Unterstellung, Morales missbrauche seine Macht, verstärkt sich, indem die SZ am 19.2.2016 berichtet, dass die „Opposition für eine Demokratie ungesund schwach“ sei. Weitere Zweifel an der demokratischen Verfasstheit werden durch „Korruptionsvorwürfe gegen Morales“ (T, 19.2.2016) gehegt. Es bleibt durch diese pointierte, diskontinuierliche Berichterstattung das Bild eines zweifelhaften Präsidenten zurück, ohne über die rechtsstaatliche Verfolgung von Korruption und die damit erreichte Stärkung demokratischer Verfahren zu berichten. Zusammengefasst werden sowohl die Legalität als auch die normative Legitimität der Regierung angezweifelt, obwohl die Meldungen ein hohes Niveau der Zustimmung der Bevölkerung zur Regierungspolitik einräumen.

Eine zunehmende Dramatisierung der demokratischen Lage erfolgt über eine zugespitzte Wortwahl, die eine Art anarchische Verhältnisse insinuiert: In El Alto werden Politiker „aus dem Amt gejagt“ (S, 19.2.2016) oder es kommt zu „Brandattacke[n] von Demonstranten auf das Rathaus“ (SZ, 22.2.2016). Bei der Ermordung des Vize-Innenministers Fernando Illanes durch Demonstranten und Angehörige der Bergarbeitergenossenschaften „schlugen Proteste in Gewalt um“, „Straßenblockaden“ wurden errichtet (SZ, 26.8.2016) und es gab „zwei Tote bei Auseinandersetzungen mit der Polizei“ (T, 27.8.2016). Illanes sei „von den Demonstranten als Geisel festgehalten und verschleppt“ (SZ, 26.8.2016), „entführt“ (S, 26.8.2016), „und erschlagen“ worden. Das Problem an dieser Berichterstattung ist nicht, dass solche tatsächlich dramatischen Ereignisse in der deutschen Presse aufgegriffen, sondern dass sie kontextlos präsentiert werden.

Neben dieser scheinbar chaotischen, eher präzivilisatorischen Beschreibung fallen die Wiederholungen der Attribute, mit denen Morales belegt wird, ins Auge, wobei andere politische AkteurInnen in der Berichterstattung gleichsam inexistent sind. Der „frühere Kokabauer“ (S, 24.2.2016) „begannte seine politische Karriere als Gewerkschaftsführer“ (SZ, 22.2.2016). Gleichzeitig werden seine linke, sozialistische Orientierung sowie seine indigene Herkunft mehrfach erwähnt. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang die Exotisierung der indigenen Bevölkerung unter Verwendung kolonialen Jargons. Morales sei ein „Angehöriger der Ureinwohner“ (T, 24.2.2016)

oder „Volksheld der Ureinwohner“ (S, 19.2.2016), der guten Kontakt zu „den Urvölkern Boliviens“ (SZ, 22.2.2016; 19.2.2016) habe. In Bolivien scheint es sich nach wie vor um eine „Stammeskultur“ anstatt um einen modernen Nationalstaat zu handeln, wenn der Präsident als ein „Angehöriger des Stammes der Aymara“ (S, 19.2.2016) bezeichnet wird. Die Herkunft zu benennen ist nicht verwerflich, jedoch wird Morales darauf reduziert. Der Mediendiskurs vermittelt Bilder über Zuschreibungen und Assoziationsketten. Viele davon funktionieren selbst dann, wenn die rassistischen Stereotype gar nicht mehr explizit genannt werden. So werden beispielsweise „Stämme“ und „Urvölker“ assoziativ eher als unterentwickelt vorgestellt und in Verbindung mit Themen wie Armut und Rückständigkeit gebracht. Die Beschreibung von Morales beruft sich u.a. auf ethnische Kriterien und ist somit als angeboren konstruiert. Diese genetische, also nicht geistige Fähigkeit steht dem Rationalen und Kognitiven entgegen. Ziai stellt fest, dass der Entwicklungsdiskurs

„eine Identität der ‘Unterentwickelten’ als rückständig und Teil einer unterlegenen Kultur produziert, deren Defizite nur durch Übernahme von Idealen wie Produktivität und Modernität sowie ständiges Streben nach Angleichung an die Norm auszugleichen sind“ (Ziai 2004: 8).

Auch auf die dargestellten AkteurInnen trifft dies zu, wenn beispielsweise Morales aufgrund seiner Herkunft Klientelpolitik unterstellt wird.

Kurzum: Einerseits wird die wirtschaftliche und soziale Regierungsperformanz, die auch der *Bertelsmann Transformation Index* für 2016 positiv würdigt, zur Kenntnis genommen. Andererseits wird die Vorstellung einer indigenen Stammesgesellschaft, in der unkontrollierte Gewaltausbrüche mit präzivilisatorischen Verhaltensweisen auftreten, mit einem Kokabauern an der Spitze iterativ hergestellt. Insbesondere die Süddeutsche Zeitung sticht mit einer Delegitimierungsstrategie gegenüber der Regierung und der Regierungspartei hervor. Exemplarisch für die „mangelnde Reife“ des Landes und die Rückschrittlichkeit steht ihre Schlagzeile vom 22.2.2016: „Zurück ins Dorf“. Bolivien wird gegenüber der modernen Welt als weiterhin unterentwickelt dargestellt. Die wirtschaftliche Lage evoziert keinen Aufstieg in höhere Normalitätsklassen.

Anstatt mit der neuen Verfassung von 2009 das demokratische Experiment einer pluri-ethnischen und pluri-kulturellen Gesellschaft und die Emanzipation indigener Völker von jahrzehntelanger Exklusion im Laufe der demokratischen Transition Boliviens seit 1982 den deutschen LeserInnen nahezubringen, verbleibt die Berichterstattung bei der Auswahl von Ereignissen, die verfassungswidriges Handeln implizieren (illegitime Wiederwahl,

politische Gewalt). Damit kommt einmal mehr zum Ausdruck, was in der postkolonialen Debatte als „geopolitische Aneignung der ‘Demokratie’ durch den Westen“ (Ruiseco Galvis & Vargas Monroy 2009: 204) beschrieben wird.

Die Subalternisierung eines Kontinents

Einige der aufgezeigten Motive durchziehen die Berichterstattung zu Lateinamerika in den deutschen Medien. Dazu gehören politische und wirtschaftliche Krisen bzw. Notstände, verantwortungslose Politiker sowie Gewalt. In Kontrast zu modernen Nationalstaaten erscheint Lateinamerika als „korrupt“ und „rückständig“. Menschen im „Globalen Süden“ werden auf diese Weise als Gegenbild zu „EuropäerInnen“ konstruiert, indem die Oppositionen zwischen Korruption und Demokratie reproduziert werden, statt dieselben Bezeichnungen und Erklärungen wie für europäische Verhältnisse zu verwenden. Die verglichenen Länder gehören den unteren Normalitätsklassen an. Die JournalistInnen heben mit einer umfangreichen Reihe von Bezeichnungen die Fremdartigkeit Lateinamerikas hervor. Ausdrücke wie „Stamm“, „Urvolk“ oder „Häuptling“ grenzen die kolonialisierte Gesellschaft vom weiter entwickelten Europa ab und setzen Standards hinsichtlich der Normalität der jeweiligen Länder. So mag es kaum verwundern, dass ein Land von „Ureinwohnern“ nicht demokratisch regierbar ist. Neben der Betonung der Differenz ist vielen Bezeichnungen gemeinsam, dass sie eine Abwertung assoziieren: Häuser werden z.B. als „Hütten“ oder „Behausungen“ herabgesetzt. Im Untersuchungszeitraum konnten wir keine Berichte über herausragende Leistungen in Politik, Wissenschaft oder Kultur finden. Lediglich im Bereich Sport gab es eine Anerkennung der körperlichen Leistung z.B. der brasilianischen Fußballmannschaft. Gesellschaften aus dem „Globalen Süden“ werden lediglich in ihrer Körperlichkeit positiv erkannt, allerdings im Bereich rationaler, geistiger Leistung nicht ernst genommen. Diese Darstellungen dienen der Reduzierung von gesellschaftlicher Komplexität. Im Vergleich zu den Erfahrungswelten der RezipientInnen in Deutschland sind die Länder des „Globalen Südens“ weniger vielschichtig. Rationale Argumente von AkteurInnen vor Ort werden kaum wiedergegeben.

Auch diese Darstellung reproduziert eine Konzentration auf Gegensatzpaare, die im Kontext von Kolonialismus und Rassismus üblich sind: traditionell, unterentwickelt, unveränderlich, emotional, ursprünglich, ländlich, irrational, undiszipliniert und kulturell versus modern, entwickelt, ständig im Wandel, komplex, fortschrittlich, städtisch, wissend, rational, demokratisch und diszipliniert. Auffällig ist dabei, dass die Unterscheidung zwischen linken und neoliberalen Regierungen nicht hervorsteht, sondern eingehegt

wird. Im untersuchten Material werden die ungleichen ökonomischen und politischen Verhältnisse zwischen „Globalem Norden“ und „Globalem Süden“ damit erklärt, dass die „Anderen“ noch nicht modern, fortschrittlich oder entwickelt seien. Die Wesensart der AkteurInnen des „Globalen Südens“ wird für diese Verhältnisse verantwortlich gemacht. Laut dem puerto-ricanischen Soziologen Simón Grosfoguel besteht diese Beziehung darin, dass aus eurozentrischer Perspektive eine Folge von historischen Epochen konstruiert wird und alle nicht europäischen, peripheren Produktionsweisen der Vergangenheit zugeordnet werden. Somit wird die Verantwortung für die Ausbeutung der Peripherie ausgeblendet. Diese „hegemonische Ideologie“ erklärt die Armut der nicht-europäischen Welt mit ihrem „Rückstand“, ihrer „Unterentwicklung“ und „Primitivität“ (vgl. Grosfoguel 2008). Mit ihren Erzählungen blenden die deutschen Medien unter anderem auch die gewalttätige koloniale Vergangenheit und die daraus entstandenen postkolonialen Beziehungen sowie politischen und ökonomischen Machtverhältnisse aus. Stattdessen urteilen sie aus einer scheinbar überlegenen Position und öffnen der Vorstellung die Tür, dass sich die „Anderen“ (durch Hilfe) erst noch entwickeln müssen. Ziai beschreibt diesen Sprachgebrauch folgendermaßen:

„Die Grundstruktur des kolonialen Diskurses ist zunächst die Zweiteilung der Welt in ‘zivilisierte Völker’ oder ‘Nationen’ und ‘unzivilisierte Stämme’ oder ‘Menschenmassen’ – wobei letztere nicht zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten in der Lage sind und erstere ihnen dabei zu Hilfe kommen.“
(Ziai 2004: 3)

Links Modell scheint uns geeignet, diese Abgrenzung der eigenen Klasse gegenüber der unteren Klassen vertieft zu analysieren. Die Reduktion von globalen Verhältnissen auf zwei „Welten“ kann mit ihm erweitert werden und wird dem Diskurs über den „Globalen Süden“ gerecht, da es Schattierungen und vermeintliche Auf- und Abstiege nachvollziehen lässt. Das Hervorheben der eigenen Verantwortung kann darin als eine Strategie der Demarkation interpretiert werden. Ebenso werden mit Bezeichnungen wie „über die Verhältnisse leben“ Klassen markiert: „Verhältnisse“ sind in diesem Sinne als ein Synonym für Normalitätsklassen zu sehen. Andererseits legt die Beschreibung von massiver Denormalisierung wie im Falle Venezuelas einen Grundstein zur Legitimierung eines Eingriffs von außen – denn sie ruft Handlungsbedarf hervor. Diplomatische Handlungen können als Folgen der Medienberichterstattung interpretiert werden bzw. lassen sich über die konstruierten Medienbilder leicht legitimieren. Als Beispiel sei hier die jüngste Verleihung des Sacharow-Preises an die Opposition Venezuelas genannt. Die Verleihung des Menschenrechtspreises ging an teils rechtskräftig verurteilte

Verbrecher, Rechtsextreme und Mitglieder von paramilitärischen Gruppen, darunter an den Politiker Julio Borges von der rechtspopulistischen Partei *Primero Justicia*. Diese Ereignisse verweisen auf den Zusammenhang von mediopolitischen Diskurs und außenpolitischen Entscheidungen.

Das Konzept des Normalismus erlaubt es zudem, anhand von diskursanalytischen Methoden aufzuzeigen, dass die zugeschriebene Normalität der Länder des „Globalen Südens“ keineswegs natürlich ist, sondern diskursiv als normal konstruiert wird (Link 2007). Die Journalistin Ute Dilg liefert für die hier festgestellte Persistenz und die kontinuierliche Reproduktion pejorativer Auslandsbilder folgende Erklärung:

„Nationenbilder als gruppenbezogene Prädispositionen [...] weisen eine stark affektive, aber nur geringe kognitive Basis auf. Deshalb sind sie relativ stabil, können sie doch nur äußerst selten mit den realen Gegebenheiten in fernen Ländern konfrontiert werden.“ (Dilg 1999: 243)

Der Kommunikationswissenschaftler Erick Torrico Villanueva (2016: 146) schreibt stellvertretend für eine ganze Reihe von AutorInnen, dass Lateinamerika in Abgrenzung zu Europa „dauerhaft subalternisiert beziehungsweise von außen als ein ‘minderwertiges und rückständiges Anderes’ definiert wurde“. Der Mediendiskurs zu den Geschehnissen in lateinamerikanischen Ländern im Verlauf des Jahres 2016 beweist, dass diese Subalternisierung kontinuierlich reproduziert wird. Zu einer Entwestlichung der Kommunikationswissenschaften gehört unseres Erachtens deswegen, die Muster und Interpretationsrahmen okzidentaler, medialer AkteurInnen einer ideologiekritischen Untersuchung zu unterziehen und als Ausdruck „epistemischer Gewalt“ (Spivak 1999: 205) offenzulegen. Denn trotz zahlreicher historischer Studien zur Konzeptualisierung Lateinamerikas in Europa bleiben aktuelle Diskursanalysen konkreten empirischen Materials zur Offenlegung der Kontinuität kolonialer Machtverhältnisse Mangelware.

Literatur

- Breckl, Sylvia (2006): *Auslandsberichterstattung im Deutschen Fernsehen. Die Dritte Welt in Weltspiegel und auslandsjournal*. Berlin.
- Bührmann, Andrea D., & Werner Schneider (2008): *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld (<https://doi.org/10.14361/9783839408186>).
- Daniljuk, Malte (2012): „Außenpolitische Berichterstattung und Alternativen“. In: *amerika21*, <https://amerika21.de/analyse/67349/aussenpolitische-berichterstatt>, letzter Aufruf: 27.1.2017.
- Dießelmann, Anna-Lena (2015): *Ausnahmezustand im Sicherheits- und Krisendiskurs. Eine diskurstheoretische Studie mit Fallanalysen*. Siegen.

- Dilg, Ute (1999): „Schwarzafrika: Weißer Fleck auf dem Nachrichtenglobus. Die Berichterstattung über Afrika südlich der Sahara in der überregionalen deutschen Presse. Eine Inhaltsanalyse“. In: *Communicatio socialis*, Bd. 32, Nr. 3, S. 241-260 (<https://doi.org/10.5771/0010-3497-1999-3-241>).
- Grosfoguel, Ramón (2008): „Del imperialismo de Lenin al Imperio de Hardt y Negri: ‘fases superiores’ del eurocentrismo“. In: *universitas humanística*, Nr. 65, S. 15-26.
- Hall, Stuart (1992): „The West and the Rest. Discourse and Power“. In Hall, Stuart, & Bram Gieben (Hg.): *Formations of Modernity*. Oxford, S. 275-332.
- Huffschmid, Anne (2004): Diskursguerilla, Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit. Heidelberg.
- Jäger, Siegfried (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 4. Aufl., Münster.
- Link, Jürgen (1992): „Normalismus: Konturen eines Konzepts“. In: *kultuRRevolution*, Nr. 27, S. 50-70.
- Link, Jürgen (2007): „Lässt sich der Notstand ‘normalisieren’? Normalismustheoretische Überlegungen“. In: Spindler, Susanne, & Iris Tonks (Hg.): *AusnahmeZustände. Krise und Zukunft der Demokratie*. Münster, S. 12-25.
- Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Paderborn.
- Ruiseco Galvis, Gisela, & Liliana Vargas Monroy (2009): „Contacto y distancia en el orden postcolonial. La Europa-fortaleza y su otro (inmigrante) colonial: un análisis desde las propuestas del programa modernidad/colonialidad latinoamericano“. In: *CIDOB*, S. 197-207.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1999): *A Critique of Postcolonial Reason. Toward a History of the Vanishing Present*. Cambridge, US-MA, & London.
- Torrico Villanueva, Erick (2016): *Hacia la comunicación decolonial*. Sucre: Universidad Andina Simón Bolívar.
- Weber, Patrick (2008): „Nachrichtengeographie: Beschreibungsmodell und Erklärungsansatz auf dem Prüfstand. Untersuchung am Beispiel der Osteuropaberichterstattung deutscher Tageszeitungen“. In: *M&K. Medien und Kommunikationswissenschaft*, Bd. 56, Nr. 3-4, S. 392-413.
- Ziai, Aram (2004): „Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs“. In: *Sozialistische Positionen*, Nr. 4/2004, <http://www.sopos.org/aufsaeetze/408aa83c03940/1.phtml>, letzter Aufruf: 27.1.2017.
- Zinecker, Heidrun (2003): *Wie im Westen so im Süden*. HSK-Standpunkte, Nr. 1/2003, Frankfurt a.M.
- Zinecker, Heidrun (2014): *Gewalt im Frieden. Formen und Ursachen der Gewaltkriminalität in Zentralamerika*. Baden-Baden.

Anschrift der Autorin und des Autors:

Anna-Lena Dießelmann

adiesselmann@amerika21.de

Andreas Hetzer

andreas.hetzer@posteo.de